



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

EU-Wochenspiegel

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt

Ausgabe: 33/19 • 19.09.2019



Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

in Kürze wird das EP die designierten Kommissionsmitglieder und ihre Eignung in einer Reihe von öffentlichen Anhörungen prüfen, bevor die EU-Abgeordneten die Entscheidung treffen, ob die Kommission in dieser Zusammensetzung als Exekutive der EU am 01. November in dieser Besetzung ihre Arbeit aufnehmen kann und der Kommission die erforderliche Legitimität verliehen wird.

Beginnend am 30. September werden die Kandidaten zu einer jeweils dreistündigen Anhörung vor dem parlamentarischen Ausschuss eingeladen, der für das ihnen zugewiesene Themengebiet zuständig ist. Sind mehrere Ausschüsse zuständig, führen sie die Anhörung gemeinsam durch. Nach den Anhörungen bewerten die zuständigen Ausschüsse die Kompetenzen der jeweiligen Kandidaten und die Konferenz der Präsidenten, der die Vorsitzenden der Fraktionen und der Präsident des Europäischen Parlaments angehören, schließt diese Bewertung letztlich ab. Zu den Einzelschritten des Verfahrens finden Sie hier [\(Link\)](#) eine Übersicht.

Die Anhörungen werden im Internet live übertragen und können dort von Ihnen verfolgt werden. Die Agenda finden Sie hier [\(Link\)](#)

Mit besten Grüßen

Carmen Johannsen
Leiterin der Landesvertretung



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

SACHSEN-ANHALT
VERTEILUNG

VERTEILUNG



Inhaltsverzeichnis

<u>Vorwort</u>	2
<u>Aus den Institutionen</u>	4
<ul style="list-style-type: none">• Europäisches Parlament empfiehlt Christine Lagarde für EZB-Vorsitz• Europäisches Parlament verstärkt Unterstützung für EU-Forschung und Erasmus• Europäische Kommission – Neue EU-Regeln helfen Mitgliedstaaten im Kampf gegen Steuervermeidung• Europäische Kommission – Europäischer Fonds unterstützt 14.500 entlassene Arbeitnehmer	
<u>Aus den Fachbereichen</u>	7
<ul style="list-style-type: none">• Digitale Bildung - Positiver Trend an Europas Schulen• Bildungsangebote Europa in der Schule (6)• EU-Satellitennavigationssystem Galileo erreicht weltweit eine Milliarde Smartphone-Nutzer• Vorschriften zur Energiebesteuerung nicht mehr zeitgemäß• Erasmus+ - EU stellt weitere 17,6 Mio. Euro für Teilnehmer aus Afrika bereit• Europäischer Fiskalausschuss rät zu Vereinfachung der EU-Haushaltsregeln• Drei Jahre Europäisches Solidaritätskorps• Mehr Sicherheit beim Online-Banking• Online –Handel - EU leitet Verfahren gegen Amazon ein	
<u>Was, wann, wo</u>	17
<ul style="list-style-type: none">• Klimafolgenanpassung in der Landwirtschaft• Interreg-Partner des Projekts zur „Rückgewinnung von Festungsstädten“ tagen in der Landesvertretung Sachsen-Anhalt• Einladung zur Teilnahme an der Delegationsreise zur Week of Health and Innovation nach Dänemark• Nationale Infoveranstaltung Erasmus+ am 7. November in Magdeburg – Anmeldungen jetzt möglich!• THINK BAUHAUS am Wasserturm Süd - Siegerarbeiten aus dem Wettbewerb für Kinder und Jugendliche• Studienreise von Mitarbeitern aus Europaschulen Sachsen-Anhalts	
<u>Ausschreibungen</u>	23
<ul style="list-style-type: none">• Altiero-Spinelli –Preis - Wettbewerb um Wissen über die EU gestartet• DAAD – Praktikanten gesucht	
<u>Kontaktbörse</u>	24
<ul style="list-style-type: none">• Europäische Projekte – Diverse Partnergesuche	
<u>Büro intern / Tipp</u>	27
<ul style="list-style-type: none">• Neu in der LV - Tipp – Rebecca Aspetti - Praktikantin• Neu in der LV - Tipp – Daniela Sheri - Praktikantin• GOEUROPE - Quizfragen	
<u>Ihr Kontakt zu uns</u>	30
<u>Impressum</u>	31



Aus den Institutionen

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäisches Parlament empfiehlt Christine Lagarde für EZB-Vorsitz



Das Europäische Parlament hat am Dienstag in einer Abstimmung im Plenum Christine Lagarde als nächste Präsidentin der Europäischen Zentralbank empfohlen.

In der geheimen Abstimmung stimmten 394 Abgeordnete dafür, 206 dagegen, und 49 enthielten sich.

Das Europäische Parlament gibt eine unverbindliche Empfehlung ab, ob ein Kandidat oder eine Kandidatin geeignet ist, das Amt des Präsidenten der Europäischen Zentralbank (EZB) zu übernehmen. Die endgültige Entscheidung trifft der Europäische Rat. Lagarde soll am 1. November die Nachfolge des derzeitigen Amtsinhabers Mario Draghi antreten.

Vor der Abstimmung hatte das Plenum am Dienstag eine Debatte über ihre Eignung für den Posten abgehalten.

Die Kandidatur Lagardes wird nun auf die Tagesordnung des nächsten EU-Gipfels im Oktober gesetzt. • *eag Quelle: PM EP*

Diese Pressemitteilung online mit weiterführenden Links und Informationen: [Link](#)

Europäisches Parlament verstärkt Unterstützung für EU-Forschung und Erasmus

Am Mittwoch verabschiedeten die Abgeordneten eine Aufstockung der EU-Forschungsprogramme und der Jugendmobilität (.



Die Abgeordneten billigten mit 614 Stimmen, bei 69 Gegenstimmen und 10 Enthaltungen, eine [Aufstockung von 100 Millionen Euro](#) für die EU-Programme Horizont 2020 (80 Millionen Euro für Forschungsförderung) und Erasmus Plus (20 Millionen Euro für Jugendmobilität), wie vom Europäischen Parlament und dem Rat in ihrer [Einigung über den EU-Haushalt 2019](#) im Dezember 2018 beschlossen.

In einer weiteren Abstimmung gaben sie mit 601 Stimmen, bei 40 Gegenstimmen und 12 Enthaltungen, ihre Zustimmung zur Rückzahlung eines [Überschusses von 1,8 Milliarden Euro aus dem Haushalt 2018](#) an die EU-Mitgliedstaaten, durch eine Verringerung der Beiträge der Länder zum EU-Haushalt. Es handelt sich um einen jährlichen Vorgang, bei der der Überschuss in der Regel aus Verzugszinsen und Geldbußen, die die Kommission einnimmt, sowie aus der Nichtausschöpfung von Mitteln für EU-Programme resultiert.

• *eag Quelle: PM EP*

Diese Pressemitteilung online mit weiterführenden Links und Informationen: [Link](#)



Europäische Kommission – Neue EU-Regeln helfen Mitgliedstaaten im Kampf gegen Steuervermeidung

Die neuen EU-Vorschriften zur steuerlichen Transparenz und über den automatischen Informationsaustausch helfen den Mitgliedstaaten im Kampf gegen die Steuervermeidung. Ein am 16. September von der Kommission vorgelegter Bericht bietet eine erste Momentaufnahme der Umsetzung. So tauschten die Mitgliedstaaten im Jahr 2017 Informationen über fast 18.000 Steuervorbescheide aus, die multinationalen Unternehmen erteilt wurden.

Die Bewertung zeigt, dass die Mitgliedstaaten nun wesentlich mehr Informationen erhalten, die zur Bekämpfung von Steuerbetrug, Steuerhinterziehung und -umgehung beitragen können und noch dabei sind, die effizientesten Wege zur Nutzung der Daten, zur Bewertung des Mehrwerts und der abschreckenden Wirkung zu finden.

Die Kommission fordert alle EU-Länder weiterhin auf, ihren Zugang zu den zahlreichen nützlichen Steuerinformationen, die über diese neuen Kanäle zur Verfügung gestellt werden, uneingeschränkt zu nutzen. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Den Bericht selbst und weitere Informationen über die aktuellen Regelungen (Richtlinie des Rates über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden, 2011/16/EU) finden Sie [hier](#).

Europäische Kommission – Europäischer Fonds unterstützt 14.500 entlassene Arbeitnehmer



Mehr als 14.500 Arbeitnehmer wurden in den vergangenen zwei Jahren durch den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) in Höhe von insgesamt 45,5 Mio. Euro unterstützt. Die Europäische Kommission hat am 16. September einen Bericht über den Fonds für die Jahre 2017 und 2018 veröffentlicht.

Die zuständige Kommissarin für Beschäftigung, Soziales, Qualifikationen und Arbeitsmobilität Marianne Thyssen, sagte dazu: „Im Laufe der Jahre hat der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung wirklich europäische Solidarität bewiesen und Tausenden von entlassenen Arbeitnehmern geholfen, sich wieder und weiterzubilden. Für die Zeit nach 2020 wird der Fonds überarbeitet, damit er wirksamer eingreifen kann, um Arbeitnehmer zu unterstützen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben.“

60 Prozent der an den Maßnahmen beteiligten Arbeitnehmer hatten bis zum Ende des Umsetzungszeitraums neue Arbeitsplätze gefunden. Dies ist ein Anstieg um 13 Prozentpunkte gegenüber den vorangegangenen Berichtsperioden.

Der EGF wurde 2007 eingerichtet, um Arbeitnehmer zu unterstützen, die aufgrund der Globalisierung und sich ändernder Handelsstrukturen oder einer Finanz- und Wirtschaftskrise ihren Arbeitsplatz verlieren. Es ist Ausdruck der europäischen Solidarität gegenüber den Arbeitnehmern, indem es ihnen hilft, ihre Fähigkeiten anzupassen und neue Arbeitsplätze zu finden. Seit seiner Gründung hat der EGF 161 Anträge erhalten. Rund 635 Mio. Euro wurden



beantragt, um mehr als 151.000 Arbeitnehmern und 4.429 jungen Menschen, die nicht in Beschäftigung, Bildung oder Ausbildung sind (NEETs), zu helfen.

Vor kurzem hat die Kommission einen Vorschlag angenommen, in dem festgelegt wird, dass Entlassungen aufgrund eines Brexits in den Anwendungsbereich des EGF fallen. Für den nächsten langfristigen Haushalt 2021-2027 schlug die Kommission eine Reihe von Änderungen des Fonds vor, darunter eine Aufstockung des Budgets und eine niedrigere Förderfähigkeitsschwelle, damit sie wirksamer eingreifen kann, um Arbeitnehmer zu unterstützen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung: Vorbereitung auf einen Brexit ohne Abkommen](#)

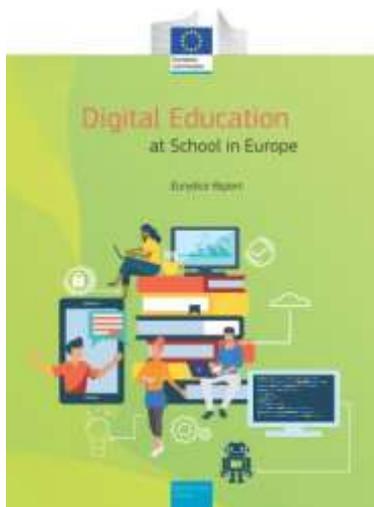
[Pressemitteilung: EU-Haushalt: Ein neuer Sozialfonds, ein verbesserter Fonds für die Anpassung an die Globalisierung und ein neuer Fonds für Justiz, Rechte und Werte](#)



Aus den Fachbereichen

[Zurück zur Übersicht](#)

Digitale Bildung - Positiver Trend an Europas Schulen



Europas Schulen machen Fortschritte bei der Nutzung neuer Technologien im Bereich des Lehrens und Lernens. Das geht aus einem Bericht über digitale Kompetenzen an Schulen hervor, den das Eurydice-Netzwerk der Europäischen Kommission am 12. September veröffentlicht hat. In Deutschland wird insbesondere die Einführung eines sechsten Digitalkompetenzgebietes, das über die empfohlenen fünf Gebiete hinausgeht, gelobt. Damit werden Schüler neben den Bereichen Informations- und Datenkompetenz, Kommunikation & Zusammenarbeit, Erstellung digitaler Inhalte, Sicherheit und Problemlösung, auch in Analyse und Reflexion gelehrt. Des Weiteren wird der „DigitalPakt Schule“ positiv erwähnt, mit Hilfe dessen die Bundesregierung im März diesen Jahres fünf Milliarden Euro für die Digitalisierung deutscher Schulen

investiert hat.

Der für Bildung, Kultur, Jugend und Sport zuständige Kommissar Tibor Navracsics sagte: „Ich freue mich besonders über die wachsende Zahl von Initiativen zur Unterstützung von Lehrkräften bei der Anwendung von Technologien im Unterricht, ein Bereich, den wir auf dem zweiten Europäischen Bildungsgipfel am 26. September ansprechen werden. Wir wissen, dass Lehrer eine entscheidende Rolle bei der Verbesserung der digitalen Kompetenzen junger Menschen spielen und bei der sicherstellen können, dass die Technologie gezielt eingesetzt wird, um das Lernen relevanter, interessanter und fit für das digitale Zeitalter zu machen.“ Die Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Nutzung von Technologien im Bildungsbereich und der Entwicklung digitaler Fähigkeiten von Lehrern und Lernenden ist ein zentraler Bestandteil des [Aktionsplans der Kommission für digitale Bildung](#), der elf Maßnahmen zur Förderung und Unterstützung von Innovationen im Bildungsbereich umfasst.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Der gesamte Bericht](#)

[Der Aktionsplan für digitale Bildung](#)

[Daily News vom 12.9.2019](#)

Bildungsangebote Europa in der Schule

Happy Birthday, Europa Verstehen!

Seit 2009 ist die Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa mit dem Peer-Projekt Europa Verstehen an allgemein- und berufsbildenden Schulen aktiv.



Europa Verstehen ist im Sommer 2019 zehn Jahre alt geworden: Der Austausch im Klassenzimmer, das gegenseitige Zuhören und Aushalten von Meinungen über den eigenen Tellerrand in sehr vielfältigen, europäischen Klassenzimmern hat Wirkung. So können junge

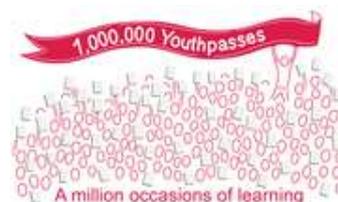


Europäerinnen und Europäer, die sich früh mit Demokratie und Teilhabe im Kontext von Pluralismus und Differenz auseinandersetzen, gestärkt werden. Alleine im vergangenen Jahr konnte dank Unterstützung der Stiftung Mercator, der TUI Stiftung und des vom Familienministerium geförderten

Bundesprogramms „Demokratie leben!“ mit 282 Trainerinnen und Trainern in 15 Ländern 2.120 Stunden Dialog zu Europa, Demokratie und Teilhabe in den Klassenraum gebracht werden | [Mehr lesen](#)

Erzählen Sie Ihre Youthpass-Geschichte!

(Fast) eine Million Youthpass-Zertifikate wurden seit 2007 europaweit in zahlreichen Projekten ausgestellt. Das bedeutet, dass durch unzählige europäische Projekte eine Million nicht-formale Lernergebnisse erzielt werden konnten. Doch welche Geschichten verbergen sich hinter dieser Zahl? Das will das SALTO-Youth Training and Cooperation Resource Centre von Ihnen wissen. Schicken Sie SALTO Ihre Geschichten und Erfahrungen – geschrieben oder im Videoformat – und gewinnen Sie einen umweltfreundlichen, fair gehandelten 46L-Reiserucksack von Ethnotek.



Die Youthpässe sind als Anerkennungsinstrumente der EU-Programme Erasmus+ und des Europäischen Solidaritätskorps europaweit einsetzbar. | [Mehr lesen](#)

8

Europa macht Schule



Europa ins Klassenzimmer holen und dabei Europa konkret und lebendig werden zu lassen, sind Ziele des Programms „Europa macht Schule“. Studierende aus ganz Europa stellen ihr Heimatland auf kreative und anschauliche Weise in den Klassenzimmern vor. Sie werden in den Schulunterricht einbezogen und gestalten gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern ein kleines Projekt in drei bis fünf Schulstunden. So treten

die Studierenden in einen intensiven Dialog mit der Klasse. Sie vermitteln Einblicke aus erster Hand und regen eine Reflexion des eigenen kulturellen Hintergrunds an. Die Studierenden kommen aus verschiedenen Studienrichtungen, entsprechend unterschiedlich können die Projekte sein. Das Projektthema stimmen Lehrkräfte und Studierende gemeinsam ab. Die Formen der Projektarbeit sind ebenso vielfältig: Gestaltung von Comics, Filmdreh, Tanz, Kochen traditioneller Gerichte, Politik-Planspiel, ... Wichtig ist ein kreativer Zugang zum Thema. Die Klasse soll aktiv und ihrem Alter entsprechend einbezogen werden. **Bis zum 24. November** können Sie sich noch anmelden, um diesen Austausch bereist im Schuljahr 2019/20 zu realisieren. | [Mehr lesen](#)



EuroPeers

Mit der europäischen Leitinitiative „Youth on the Move“ soll jedem Jugendlichen in der EU die Möglichkeit gegeben werden, an einer Mobilitätsmaßnahme im Ausland teilzunehmen.



In einer Empfehlung zur Förderung der Mobilität junger Menschen zu Lernzwecken von 2011 verweist der Rat der Europäischen Union mehrfach auf die besondere Bedeutung des „Peer-Austausches“ zwischen mobilen und noch nicht-mobilen Lernenden. Insbesondere hebt er die Rolle von Multiplikatoren hervor, „die bereits an einer

Mobilitätserfahrung teilgenommen haben und junge Menschen dazu motivieren können, dies ebenfalls zu tun“.

Die EuroPeers übernehmen genau diese Rolle: Junge Menschen, die mit dem EU-Programm JUGEND IN AKTION bzw. Erasmus+ JUGEND IN AKTION aktiv waren, geben nun ihre Erfahrungen an andere Jugendliche weiter. Sie sensibilisieren Jugendliche für gesellschaftliches Engagement und Partizipation, stärken so europäische Bürgerschaft und regen zudem zur kritischen Reflexion der EU-Politik an. | [Mehr lesen](#)

EU-Projekttag an Schulen

Der nächste EU-Projekttag an Schulen findet **am 27.**

April 2020 statt. Seit 2007 trägt dieser Tag bundesweit dazu bei, dass sich Schülerinnen und Schüler mit der EU auseinandersetzen.

Bundeskanzlerin Angela Merkel initiierte diesen Projekttag, um junge Menschen für die Europäische Union zu begeistern. Bundesweit besuchen

Politikerinnen und Politiker Schulen – von der Kanzlerin und Bundesministern bis hin zu Landes- oder Europa-Parlamentariern. Auch Deutsche, die in Brüssel bei EU-Institutionen arbeiten, gehen an deutsche Schulen, diskutieren und bieten Einblicke in den Brüsseler Alltag. Merken Sie sich diesen Termin schon jetzt vor. Gern halten wir Sie über die Registrierungsmodalitäten auf dem Laufenden. | [Mehr lesen](#)

• *eag Quelle: Newsletter „Europa in der Schule 2/2019*



EU-Satellitennavigationssystem Galileo erreicht weltweit eine Milliarde Smartphone-Nutzer



Am 10. September erreichte Galileo, das europäische Satellitennavigationssystem, erstmals eine Milliarde Smartphone-Nutzer weltweit.

Seit Dezember 2016 bietet Galileo sogenannte erste Dienste an, die den Alltag der Bürger und Unternehmen jetzt schon durch genaue Ortungs-, Navigations- und Zeitsignale verbessern.

Fast alle der Smartphone-Chips für die Satellitennavigation herstellenden Unternehmen bieten inzwischen Chips an, die Galileo-Dienste ermöglichen. Der Meilenstein „eine Milliarde



Nutzer“ basiert auf der Zahl der weltweit verkauften Galileo verwendenden Smartphones. Dieser Rekord wurde just am 15. Jahrestag der Agentur für das Europäische GNSS, des wichtigsten Partners der Kommission für den Betrieb von Galileo, erzielt.

Die tatsächliche Anzahl der Galileo-Nutzer ist größer. In Europa sind alle neuen Pkw-Modelle, die für den Markt zugelassen sind, mit dem [eCall-System](#) ausgerüstet, bei dem der Standort des Wagens Notdiensten über Galileo mitgeteilt wird. Seit diesem Jahr ist Galileo in die digitalen Fahrtenschreiber – Geräte zur Aufzeichnung von Geschwindigkeiten und Wegstrecken – von Lastkraftwagen integriert, damit die Einhaltung der Lenkzeitvorschriften gewährleistet und die Straßenverkehrssicherheit erhöht wird.

Galileo hat auch einen lebenswichtigen **Such- und Rettungsdienst (Search and Rescue – SAR)** bereitgestellt, wodurch sich die Zeit, die zum Orten einer Person auf See, im Gebirge oder in der Wüste benötigt wird, auf weniger als 10 Minuten verkürzt, wenn diese Person mit einem Notrufsender ausgestattet ist. Dank Galileo wurde die Ortungsgenauigkeit von 10 km auf knapp 2 km verbessert. Darüber hinaus bestätigt das System der verunglückten Person künftig, dass Hilfe naht.

Schließlich unterstützt Galileo die Behörden mit seinem **öffentlichen regulierten Dienst** bei sicherheitsrelevanten Zwecken. Damit steht staatlichen Nutzern in nationalen Notfall- und Krisensituationen wie Terrorangriffen ein zuverlässiger und komplett verschlüsselter Dienst zur Verfügung, mit dem die Kontinuität des jeweiligen Betriebs gewährleistet wird.

Die europäische Weltraumindustrie, die ihrem Wert nach weltweit an zweiter Stelle steht, ist stark und wettbewerbsfähig. Um die führende Rolle der EU im Weltraum aufrechtzuerhalten und weiter auszubauen, hat die Kommission für den nächsten langfristigen EU-Haushalt 2021-2027 ein [Weltraumprogramm in Höhe von 16 Mrd. Euro](#) vorgeschlagen.

Galileo ist das EU-eigene globale Satellitennavigationssystem. Es handelt sich um ein ziviles, unter ziviler Kontrolle stehendes System, das präzise Ortungs- und Zeitgebungsinformationen bereitstellt. Galileo soll Europa von anderen Satellitennavigationssystemen unabhängig machen und seine strategische Autonomie in Sachen Satellitennavigation sicherstellen. Europas Autonomie in diesem Sektor wird den europäischen Arbeitsmarkt beleben, die EU als Sicherheits- und Verteidigungsfaktor aufwerten und neue Technologien (künstliche Intelligenz, Drohnen, automatisiertes Fahren, Internet der Dinge) fördern.

Im neuen Weltraumprogramm sollen alle bestehenden und neuen Weltraumaktivitäten der EU in einem einzigen Programm zusammengeführt werden. Dabei werden die bestehenden Infrastrukturen und Dienste aufrechterhalten und eine Reihe neuer Elemente eingeführt. Auf diese Weise soll eine robuste innovative Weltraumindustrie gefördert und der autonome, zuverlässige und kostengünstige Zugang der EU zum Weltraum bewahrt werden.

Mit dem neuen Programm wird auch ein einheitliches und vereinfachtes Lenkungsmodell eingeführt. Die EU wird dafür sorgen, dass die Erhöhung der Finanzinvestitionen von einer effizienten Entscheidungsfindung begleitet wird, sodass alle Weltraumaktivitäten der EU rechtzeitig und der Haushaltsplanung entsprechend durchgeführt werden. Die Kommission wird weiterhin die Verantwortung für die Verwaltung des gesamten Programms innehaben. Die zwischenstaatliche Europäische Weltraumorganisation (ESA) wird aufgrund ihrer besonderen einschlägigen Erfahrung ein wichtiger Partner bei der Umsetzung des Systems und bei der technischen Unterstützung der operativen Aufgaben des EU-Weltraumprogramms bleiben. Die GSA, die in „Agentur der EU für das Weltraumprogramm“ umbenannt werden soll, wird die Durchführung von EU-Weltraumaktivitäten und deren Marktakzeptanz zunehmend unterstützen und eine größere Rolle bei der Gewährleistung der Sicherheit aller Komponenten des Programms spielen. • *eag Quelle: PM KOM*



Weitere Informationen:

Vorschlag der Kommission für ein Weltraumprogramm der EU (2021-2027):

[Pressemitteilung](#), [Fragen und Antworten](#), [Factsheet](#) und [Erklärung](#) von

Kommissionsmitglied Bieńkowska zur vorläufigen Einigung über das Programm.

[Programm Copernicus \(link is external\)](#)

[Programm Galileo](#)

Vorschriften zur Energiebesteuerung nicht mehr zeitgemäß

Die seit 2003 geltenden EU-Vorschriften zur Besteuerung von Energieerzeugnissen sind nicht mehr zeitgemäß und haben mit der Klima- und Energiepolitik der EU nicht Schritt gehalten. Während die EU-Staaten ambitionierte Klimaziele für das Jahr 2030 verabschiedet haben, spiegelt die [Richtlinie zur Besteuerung von Energieerzeugnissen](#) weder den aktuellen Mix an Energieprodukten auf dem Markt in der EU wider, noch gibt es einen Zusammenhang zwischen den Mindeststeuersätzen für Kraftstoffe und deren Energiegehalt und CO₂-Emissionen. Zu diesem Ergebnis kommt die Europäische Kommission in einer am 12. September vorgelegten [Bewertung](#).

Die Energiebesteuerungsrichtlinie aus dem Jahr 2003 legt Mindeststeuersätze für Erzeugnisse fest, die als Kraft- oder Heizstoff verwendet werden, sowie für elektrischen Strom. Die Mitgliedstaaten können ihre nationalen Steuersätze nach eigenem Ermessen auch oberhalb dieser Mindeststeuersätze festsetzen. Die Kommission hat die Richtlinie im Rahmen ihres [REFIT-Programms](#) auf den Prüfstand gestellt und im vergangenen Jahr unter anderem eine [öffentliche Konsultation](#) dazu durchgeführt. Bereits im April 2019 hatte sie in einer [Mitteilung über die Beschlussfassung in der Energie- und Klimapolitik](#) gefordert, im Bereich der Energiebesteuerung zu Mehrheitsentscheidungen überzugehen. Am Wochenende diskutieren die [EU-Finanzminister bei ihrem informellen Treffen \(link is external\)](#) in Helsinki über die Architektur der Energiebesteuerung in der EU.

Der Bericht zeigt, dass die EU-Vorschriften zur Energiebesteuerung nicht mehr den gleichen positiven Beitrag zur Energie- und Klimapolitik leisten wie bei ihrem Inkrafttreten im Jahr 2003. Seitdem haben sich Technologien, nationale Steuersätze und Energiemärkte erheblich weiterentwickelt. Laut des Berichts steht zudem die hohe Divergenz der nationalen Energiesteuersätze nicht im Einklang mit anderen politischen Instrumenten und sie kann zu einer Fragmentierung des Binnenmarkts führen, die durch die weit verbreitete Anwendung optionaler Steuerbefreiungen noch verschärft wird. Überschneidungen, Lücken und Inkonsistenzen beeinträchtigen die Ziele der EU in den Bereichen Energie, Umwelt, Klimawandel und Verkehr erheblich. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen

[Daily News vom 12.9.2019](#)

[Evaluation of the Council Directive 2003/96/EC of 27 October 2003 restructuring the Community framework for the taxation of energy products and electricity](#)



Erasmus+ - EU stellt weitere 17,6 Mio. Euro für Teilnehmer aus Afrika bereit



Erasmus+

Die EU investiert weitere 17,6 Mio. Euro in die Teilnahme von afrikanischen Studierenden und Hochschulmitarbeitern an Erasmus+. Damit können im Jahr 2019 mehr als 8.500 Menschen aus Afrika an dem Austauschprogramm teilnehmen. Das gab die EU-Kommission am 12. September bekannt.

Als Ergebnis der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen 2019 ist die Zahl der Personen, die seit

Beginn des Programms im Jahr 2014 an Austauschmaßnahmen zwischen Afrika und Europa teilgenommen haben, auf insgesamt 26.247 gestiegen und damit auf dem besten Weg, das für 2020 gesteckte Ziel von 35.000 Teilnehmenden zu erreichen. In diesem Jahr werden 8.555 afrikanische und 4.649 europäische Studierende und Hochschulmitarbeiter Austauschmaßnahmen zwischen 53 afrikanischen Ländern und den Teilnahmeländern in Europa absolvieren. Studierende können sich höchstens ein Jahr im Ausland aufhalten, Hochschulmitarbeiter maximal zwei Monate.

Die Aufstockung der Mittel für Erasmus+ ist ein Ergebnis der Allianz Afrika-Europa für nachhaltige Investitionen und Arbeitsplätze, die Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in seiner Rede zur Lage der Union im September 2018 angekündigt hatte.

Dank der zusätzlichen Mittel stieg der Anteil afrikanischer Teilnehmer um insgesamt 40 Prozent. In den westafrikanischen Ländern und den Ländern am Horn von Afrika hat sich die Zahl der Stipendien aufgrund der zusätzlichen Mittel mehr als verdoppelt. Daher konnten noch mehr Länder (wie Eritrea, Sierra Leone, Liberia, Kongo und Burundi) in das Programm aufgenommen werden, und die Zahl der Austauschmaßnahmen konnte erhöht werden (insbesondere in Benin, Cabo Verde, Mali, Niger, Nigeria, Togo und Somalia).

Darüber hinaus haben sich 313 junge Studierende aus 33 afrikanischen Ländern im Wettstreit mit den besten Studierenden aus der ganzen Welt erfolgreich um Stipendien für [Studiengänge für einen gemeinsamen Masterabschluss im Rahmen von Erasmus Mundus](#) beworben. Dies ist ein deutlicher Zuwachs im Vergleich zur letztjährigen Auswahl mit 239 Stipendiaten aus 27 afrikanischen Ländern. Auch die Beteiligung afrikanischer Hochschuleinrichtungen an den gemeinsamen Erasmus-Mundus-Masterstudiengängen ist mit 46 Einrichtungen, die die 44 in diesem Jahr ausgewählten Studiengänge anbieten, deutlich gestiegen. Die Bandbreite reicht von Fachhochschulen bis hin zu Forschungseinrichtungen, die sich mit Infektionskrankheiten, Biodiversität und Ökosystemen oder der Nutzung der enormen Möglichkeiten des Cloud Computing zum Nutzen der Umwelt befassen.

35 Projekte zur Förderung des Kapazitätsaufbaus in der Hochschulbildung, die Qualität und Innovation der Studiengänge an afrikanischen Universitäten verbessern sollen, wurden für eine Förderung ausgewählt. Die diesjährige Auswahl umfasst mehr Länder als je zuvor; neben den traditionellen Partnern nehmen nun auch Madagaskar, die Komoren, Mauretanien und Guinea teil, was ein Zeichen dafür ist, dass mit Erasmus+ erfolgreich neue Verbindungen zu Einrichtungen auf dem afrikanischen Kontinent geknüpft werden.

Ferner wurden 39 kleinere Projekte für eine Finanzierung ausgewählt, die gemeinsam mit afrikanischen Partnern Kapazitäten im Jugendbereich aufbauen sollen. Diese Projekte, an denen Jugendorganisationen und der gemeinnützige Sektor (z. B. NRO und soziale Unternehmen) beteiligt sind, fördern das informelle Lernen und helfen jungen Menschen,



eigene Unternehmen zu gründen und eine aktive Rolle in ihren lokalen Gemeinschaften zu übernehmen. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Factsheet](#)

[Allianz Afrika–Europa](#)

[Partnerschaft Afrika-EU](#)

[Erasmus+](#)

Europäischer Fiskalausschuss rät zu Vereinfachung der EU-Haushaltsregeln

Der unabhängige Europäische Fiskalausschuss hat am 11. September eine von Präsident Jean-Claude Juncker erbetene Bewertung der Haushaltsregeln der EU vorgelegt. Der Schwerpunkt lag dabei insbesondere auf den nach der Schuldenkrise verabschiedeten sogenannten Sixpack- und Twopack-Verordnungen. Niels Thygesen, der Vorsitzende des Europäischen Fiskalausschusses, stellte den Bericht in der heutigen Sitzung des Kommissionskollegiums vor. Nach Ansicht des Fiskalausschusses haben die neuen Regeln zu nachhaltigeren öffentlichen Finanzen beigetragen, es bleiben aber noch erhebliche Schwachstellen. Eine Vereinfachung der komplexen Regeln könne die wirtschaftspolitische Steuerung in der Währungsunion verbessern, so die Experten.

Im Rahmen ihrer Bemühungen um die Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion war die Kommission zu dem Schluss gekommen, dass die derzeitigen Haushaltsregeln der EU überprüft werden sollten; dies geht aus dem Bericht der fünf Präsidenten von 2015 und dem 2017 vorgelegten [Fahrplan zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion](#) Europas hervor. Daher hatte der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, im Januar den Europäischen Fiskalausschuss (European Fiscal Board, EFB) aufgefordert, die heute veröffentlichte Bewertung durchzuführen.

Die Bewertung umfasst zwei Teile: eine Bestandsaufnahme, in dem die Wirksamkeit der derzeitigen Haushaltsvorschriften der EU untersucht wird, und einen zukunftsorientierten Teil mit Ideen zur Weiterentwicklung der Regeln.

Der Fiskalausschuss betrachtet es als bemerkenswerte Leistung, dass sich derzeit kein Mitgliedstaat in einem Verfahren bei einem übermäßigen Defizit befindet. Die nationale Finanzpolitik hat sich jedoch als prozyklisch erwiesen, so dass die Schuldenquoten in wirtschaftlich guten Zeiten nicht ausreichend reduziert wurden. Während mit den EU-Haushaltsregeln versucht wird, Strukturreformen und öffentliche Investitionen durch die Umsetzung der Flexibilitätsbestimmungen zu fördern, haben die Regeln in einigen Mitgliedstaaten in den letzten zehn Jahren schwere Kürzungen der öffentlichen Investitionen nicht verhindert.

Der Europäische Fiskalausschuss ist ein unabhängiges Gremium, das beauftragt ist, die Europäische Kommission in Bezug auf die allgemeine Ausrichtung der Haushaltspolitik des Euro-Währungsgebiets zu beraten und die Umsetzung der finanzpolitischen Rahmenvorschriften der EU zu evaluieren.

Die Ergebnisse dieses Berichts ergänzen die eigene Bewertung der EU-Haushaltsregeln, zu der sich die Kommission verpflichtet hat. Diese wird in die laufenden Arbeiten der Kommission zur weiteren Vertiefung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion einfließen. • *eag Quelle: PM KOM*



Weitere Informationen:

[European Fiscal Board: Assessment of EU Fiscal Rules](#)

[Europäischer Fiskalausschuss](#)

Drei Jahre Europäisches Solidaritätskorps

In den vergangenen drei Jahren haben sich mehr als 160.000 junge Menschen für das Europäische Solidaritätskorps registriert, davon fast 10.000 aus Deutschland. Etwa 20.000 waren oder sind derzeit in Projekten aktiv, leben im Ausland und erwerben wertvolle Kompetenzen, während sie Gemeinschaften in Notlagen helfen. Für die Zeit nach 2020 soll das Korps weiter ausgebaut werden. Es bietet jungen Menschen zwischen 18 und 30 Jahren



**EUROPÄISCHES
SOLIDARITÄTSKORPS**

die Möglichkeit, Freiwilligenarbeit zu leisten, Praktika zu absolvieren und Arbeitserfahrung zu sammeln. Außerdem können sie selbst

Solidaritätsprojekte ins Leben rufen, die zu einem positiven Wandel in ihrer Gemeinschaft beitragen sollen. Morgen (Samstag) ist es drei Jahre her, dass EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker das EU-finanzierte Programm in seiner [Rede zur Lage der Union 2016](#) angekündigt hatte.

Insgesamt sind in Deutschland derzeit 678 Organisationen, Vereine und Unternehmen an dem Programm beteiligt. In Altdöbern in der Niederlausitz engagiert sich zum Beispiel Guillaume Vannier aus Frankreich, um das heimische Kulturerbe zu erhalten und dabei insbesondere historische Parks zu pflegen und zu restaurieren.

Das Europäische Solidaritätskorps hat das Leben vieler Menschen verändert. Während ein großer Teil der finanzierten Aktivitäten freiwillige Tätigkeiten – einzeln oder in Teams – betrifft, können junge Menschen auch Praktika absolvieren und Arbeitserfahrung sammeln oder in Solidaritätsprojekten mitwirken, bei denen sie Aktivitäten anstoßen, entwickeln und durchführen, die zu einem positiven Wandel in ihrer Gemeinschaft beitragen sollen.

Neben Inklusion sind Themen wie Jugendarbeit, Klimawandel, Gemeinschaftsentwicklung, Bürgerschaft, Bildung und Kultur Gegenstand der Solidaritätsprojekte. Tausende weitere Möglichkeiten werden in den kommenden Monaten und Jahren entstehen. Jede dritte davon richtet sich an Teilnehmende mit geringeren Chancen, die sich dem Solidaritätskorps anschließen können, weil dessen Konzept besondere Maßnahmen zur Unterstützung ihrer Teilnahme vorsieht. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen

[Factsheet](#) mit Zahlen zu allen EU-Ländern

[Portal des Europäischen Solidaritätskorps](#)

Mehr Sicherheit beim Online-Banking

Seit 14. September gelten neue EU-Vorschriften, die es für die europäischen Verbraucher einfacher und sicherer machen, Waren und Dienstleistungen online zu bezahlen und ihre persönlichen Finanzen zu verwalten. Sie werden besser vor Online-Betrug geschützt und erhalten einen besseren Zugang zu innovativeren Formen von Online- und Mobilzahlungen. Mit dem Inkrafttreten der Richtlinie sind nun alle Elemente der überarbeiteten EU-Zahlungsdiensterichtlinie (Payment Services Directive, PSD2) in Kraft. Einige



Interessengruppen arbeiten jedoch noch daran, diese technologischen und praktischen Veränderungen umzusetzen. Dies geschieht im Einklang mit dem von der [Europäischen Bankaufsichtsbehörde](#) in ihrer Stellungnahme vom 21. Juni 2019 vorgeschlagenen schrittweisen Ansatz. Die Europäische Kommission fordert daher alle EU-Mitgliedstaaten auf, eine rasche und vollständige Umsetzung aller Vorschriften zu gewährleisten.

Sobald der neue Rahmen überall voll funktionsfähig ist, sollten die Verbraucher in der EU in zwei wesentlichen Punkten von einem sichereren und einfacheren Online-Zahlungsumfeld profitieren können:

Erstens wird der elektronische Zahlungsverkehr dank der Einführung der starken Kundenauthentifizierung (Strong Customer Authentication, SCA) noch sicherer, was die Betrugsbekämpfung bei Online-Zahlungen verbessern wird. Die starke *Kundenauthentifizierung* gewährleistet eine ordnungsgemäße Identifizierung oder Authentifizierung für alle Zahlungen über 30 Euro und erfolgt nun über einen Authentifizierungsprozess, der auf zwei vom Benutzer angegebenen spezifischen Faktoren basiert, z.B. einem Passwort, einem PIN-Code, einem Mobiltelefon oder einem Fingerabdruck. Banken oder Zahlungsdienstleistern müssen ihre Kunden über das neue System beraten und verbraucherfreundliche Lösungen anbieten.

Zweitens werden die neuen Regeln den Zugang neuer Betreiber zum EU-Zahlungsverkehrsmarkt erleichtern, indem sie sowohl für traditionelle als auch für neue, innovative Unternehmen gelten. Die Verbraucher werden dank eines breiteren Angebots ihre Zahlungen ihre persönlichen Finanzen effizienter verwalten können. Unternehmen, die diese Dienstleistungen anbieten, auch „FinTechs“ genannt, werden nun vollständig in den Anwendungsbereich der EU-Vorschriften einbezogen.

Damit diese Akteure ein umfassendes Angebot an Verbraucherdienstleistungen anbieten können, müssen die Banken neue und hochsichere Kommunikationskanäle für den Datenaustausch und die Genehmigung von Zahlungen einrichten. Gleichzeitig müssen die FinTechs das gleiche Niveau an strengen Datenschutzstandards einhalten. Diese Modernisierung der europäischen Zahlungsdienste wird auch den digitalen Binnenmarkt weiter stärken.

Die überarbeitete [Zahlungsdiensterichtlinie \(PSD2, Richtlinie 2015/2366/EU\)](#) gilt seit Januar 2018 und ermöglicht die Entwicklung innovativer Zahlungsdienste, einschließlich Internet- und Mobilfunkzahlungen, bei gleichzeitiger Gewährleistung eines sichereren Umfelds für die Verbraucher. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Daily News vom 13.9.2019](#)

[Fragen und Antworten \(auf Englisch, deutsche Übersetzung folgt\)](#)

Online –Handel - EU leitet Verfahren gegen Amazon ein

Die EU-Kommission hat gegen den US-Konzern Amazon ein Wettbewerbsverfahren gestartet. „Ich habe beschlossen, die Geschäftspraktiken von Amazon und seine doppelte Funktion als Verkaufsplattform und Einzelhandler unter die Lupe zu nehmen, um die Einhaltung der EU-Wettbewerbsregeln zu prüfen“, sagte EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager. Konkret geht es um Amazons doppelte Rolle als Marktplatz und Anbieter. Das Unternehmen erhält so wettbewerbssensible Daten von Drittanbietern wie Preis, Art der Waren und die auf der Plattform getätigten Transaktionen.



Die EU-Kommission will nun untersuchen, ob Amazon diese Daten zum eigenen Vorteil nutzt, etwa um als eigenständiger Anbieter die Preise anderer Unternehmen zu unterbieten. Für die Untersuchung gibt es keine Frist. Sollte die EU-Wettbewerbsbehörde ein illegales Verhalten feststellen, kann sie Strafen in Milliardenhöhe verhängen.

• *eag Quelle: EU-Nachrichten 14/19*

[Kartellrechtliche Untersuchung gegen Amazon eingeleitet](#)



Klimafolgenanpassung in der Landwirtschaft

Am **12. September** 2019 fand in der Landesvertretung von Sachsen-Anhalt in Brüssel die Veranstaltung „Klimafolgenanpassung in der Landwirtschaft“ statt. Die Ministerin für Landwirtschaft, Umwelt und Energie, Frau **Prof. Dr. Claudia Dalbert**, forderte ein Umdenken sowohl in der landwirtschaftlichen Erzeugung, als auch in der Agrarpolitik und insbesondere der Agrarförderung. Nur eine gut durchdachte Grüne Architektur der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) unterstütze die Landwirtschaft und die Politik bei der Verwirklichung der notwendigen umwelt- und klimabezogenen Ziele. Von besonderer Bedeutung seien dabei für alle Mitgliedstaaten geltende hohe Grundanforderungen bei der Ökologisierung der Direktzahlungen und der flächenbezogenen Maßnahmen der Zweiten Säule.



Dr. Frank Wechsung vom Potsdam Institut für Klimafolgenforschung (PIK) gab einen Überblick über Klimaentwicklung und -prognosen sowie deren Folgen weltweit, für Europa und mit besonderem Fokus auf Sachsen-Anhalt. Bei aller Unsicherheit von Klimaprognosemodellen, gäbe es jedoch Signale für künftig steigende Temperaturen in Deutschland. Schwer zu prognostizieren seien dagegen Regenmenge und -häufigkeit. Wechsung empfahl u. a. ein dichteres Netz von Klimabeobachtungs – und Messstellen zu knüpfen, um Messungen in der Fläche in die Vorhersagen einbinden zu können. Berechnungsmöglichkeiten aus dem Grundwasser sollten intensiv analysiert werden.



Am Beispiel des internationalen Pflanzenbauzentrums der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft (DLG) in Bernburg, Sachsen-Anhalt, erörterte **Hubertus Paetow**, Präsident der DLG, ökonomische und praktische Anpassungsstrategien und zog das Fazit, dass Anpassungsmöglichkeiten an die veränderten Klimabedingungen vielfältig und noch nicht ausgeschöpft seien. Allerdings sollten innovative Verfahren ermöglicht werden. Die Landwirtschaft

werde politische Unterstützung beim Anpassungsprozess benötigen.

Die Anpassung an den Klimawandel sei im Vorschlag zur zukünftigen Gemeinsamen Agrarpolitik durch das neue Umsetzungsmodell gut verankert, erläuterte **Dr. Peter Wehrheim**, Mitglied im Kabinett von EU-Kommissar Phil Hogan. Die Vorschläge zur GAP-Reform ließen u. a. Raum für die in den jeweiligen Mitgliedstaaten geeignetsten Anpassungsmöglichkeiten. Die Überarbeitung der seit 2013 vorliegenden EU- Klimaangepasstungsstrategie sei in Vorbereitung.



Der Präsident der Internationalen Bio-Landbaubewegung (IFOAM EU) und von Bioland e.V., **Jan Plagge**, vertrat die Auffassung, dass die GAP nach 2020 mehr für Umwelt, Klima und Tierschutz leisten könne, u. a. wenn die Landwirte aufhörten, scheinbare Besitzstände zu verteidigen, die Direktzahlungen zugunsten der freiwilligen Umwelt-, Klima- und Tierschutzleistungen umgebaut würden, d. h. mindestens siebzig Prozent des Agrarhaushaltes dafür verwendet würden, und die Wissenschaft zügig an neuen Honorierungsmodellen mitentwickelte. Es gehe nicht mehr um Einzelmaßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel, sondern das ganze Betriebssystem müsse umgestellt werden.

In einer sich anschließenden Podiumsdiskussion unter Leitung von Moderatorin **Monika Hoegen** wurden die verschiedenen Sichtweisen unter Einbeziehung des Publikums vertiefend erörtert. • *ms*



Interreg-Partner des Projekts zur „Rückgewinnung von Festungsstädten“ tagen in Landesvertretung

Am **16. September** trafen sich die Partner des Interreg Europe-Projekts „Rückgewinnung von Festungsstädten“ zu einem Arbeitstreffen in der Landesvertretung Brüssel. Die Landeshauptstadt Magdeburg partizipiert gemeinsam mit Städten wie dem belgischen Antwerpen und dem griechischen Komotini an dem Projekt, dessen Träger die Region Usti in Tschechien ist. Gefördert wird es über das Interreg Europe-Programm, welches regionale und lokale Verwaltungen in ganz Europa im Zuge von interregionalen Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer bei der Entwicklung und Erzielung besserer politischer Ergebnisse unterstützt. Das Projekt wird bis 2023 laufen. Es stehen rund 1,5 Mio. EUR hierfür zur Verfügung.

18

Das Projekt „Rückgewinnung von Festungsstädten“ zielt auf eine nachhaltige Revitalisierung von denkmalgeschützten Gebäuden, indem die Koexistenz von befestigten Städten und benachbarten Festungen in städtischen Regionen verbessert werden soll. Hierbei konzentriert es sich auf einen innovativen Ansatz, indem intelligente Nutzungsmöglichkeiten für alte Festungen entwickelt werden. Ziel ist es, ihre Pflege zu erleichtern und die Festungen in das Leben der Stadt einzubeziehen, indem nachhaltige Strategien für die Pflege und Nutzung dieses Erbes entwickelt werden. Die Landeshauptstadt Magdeburg steht als ehemalige stärkste preußische Festungsstadt ebenfalls vor diesen Herausforderungen, das Stadtplanungsamt Magdeburg beteiligt sich daher an diesem Projekt. • *dw*



Das 1. Treffen der Partner in der Landesvertretung Sachsen-Anhalt in Brüssel

Das Projekt „Rückgewinnung von Festungsstädten“ zielt auf eine nachhaltige Revitalisierung von denkmalgeschützten Gebäuden, indem die Koexistenz von befestigten Städten und benachbarten Festungen in städtischen Regionen verbessert werden soll. Hierbei konzentriert es sich auf einen innovativen Ansatz, indem intelligente Nutzungsmöglichkeiten für alte Festungen entwickelt werden. Ziel ist es, ihre Pflege zu erleichtern und die Festungen in das Leben der Stadt einzubeziehen, indem nachhaltige Strategien für die Pflege und Nutzung dieses Erbes entwickelt werden. Die Landeshauptstadt Magdeburg steht als ehemalige stärkste preußische Festungsstadt ebenfalls vor diesen Herausforderungen, das Stadtplanungsamt Magdeburg beteiligt sich daher an diesem Projekt. • *dw*



Einladung zur Teilnahme an der Delegationsreise zur Week of Health and Innovation nach Dänemark



Sie haben Interesse an Innovationen im Gesundheitswesen, möchten neue Kontakte knüpfen, Kooperationen eingehen und mehr über Gesundheitsvorsorge mit Zukunftstechnologien erfahren?

Dann begleiten Sie uns vom **19. – 21. November 2019** zur **Week of Health and Innovation (WHINN)** nach Odense, Dänemark.

Bereits zum zweiten Mal in Folge organisiert die **Beratungsinitiative Horizont 2020** eine Delegationsreise für Akteure der Gesundheitswirtschaft in Sachsen-Anhalt. Neben diversen Vernetzungsangeboten, Ausstellungen und Workshops stehen spannende Besichtigungen einschlägiger Institutionen auf der Agenda.

Die WHINN gilt als Schlüsselveranstaltung der Gesundheitswirtschaft in Dänemark, auf der mehr als 1000 Fachleute aus Europa, Asien und den USA erwartet werden. Die beiden Konferenztage (20.-21. November 2019) widmen sich folgenden Themenschwerpunkten:

- Digitales Gesundheitswesen
- Leichte und gleichberechtigte Zugänglichkeit von Pflege
- Pflege im häuslichen Bereich
- Roboter und Drohnen

Mit dieser Delegationsreise möchte die Beratungsinitiative Horizont2020, bestehend aus EU Service-Agentur, Enterprise Europe Network und EU-Hochschulnetzwerk, zur Vernetzung und zukünftigen Kooperation zwischen Sachsen-Anhalt, der Region Süd Dänemark und den anderen teilnehmenden Ländern beitragen. Für alle Teilnehmenden wird, wie auch im letzten Jahr, ein **kostenfreier Bustransfer** von Magdeburg nach Odense und zurück angeboten.

Bei Interesse können Sie sich jederzeit gern unverbindlich bei den folgenden Ansprechpartner*innen informieren:

EU Service-Agentur:	Sabine Eling-Saalmann Sabine.eling-saalmann@ib-lsa.de , 0391 5898381
Enterprise Europe Network:	Helga Ilchmann hilchmann@tti-md.de , 0391 7443542
EU-Hochschulnetzwerk Büro Nord:	Veronika Kauert Veronika.kauert@ovgu.de , 0391 6752 114
EU-Hochschulnetzwerk Büro Süd:	Björn Buß Bjoern.buss@verwaltung.uni-halle.de , 0345 5521352



Nationale Infoveranstaltung Erasmus+ am 7. November in Magdeburg – Anmeldungen jetzt möglich!

Wir möchten Sie gern auf die nationale Informationsveranstaltung zum Förderprogramm Erasmus+ aufmerksam machen, die von der Nationalen Agentur Bildung für Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung (NA-BIBB) am **7. November 2019** in Magdeburg organisiert wird.

Wir freuen uns sehr, dass es der Stadt Magdeburg gelungen ist, diese Großveranstaltung der NA-BIBB in die Landeshauptstadt zu holen.

Nutzen Sie die Chance, Neuigkeiten zu Erasmus+ aus erster Hand zu erhalten, Einblicke in die Projektpraxis zu bekommen und sich mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus ganz Deutschland auszutauschen.

In parallel stattfindenden Workshops können Sie sich nach den Plenarvorträgen noch einmal detailliert zu folgenden Programmschwerpunkten informieren:

- Mobilität in der Berufsbildung
- Mobilität in der Erwachsenenbildung
- Strategische Partnerschaften in der Berufsbildung
- Strategische Partnerschaften in der Erwachsenenbildung

Mit dabei ist die Referentin der EU Service-Agentur, Kathrin Hamel. Sie wird mit einem Beitrag zu den Unterstützungsangeboten für Projektträger in Sachsen-Anhalt vertreten sein und einen der vier Workshops co-moderieren.

Alle Informationen zur Veranstaltung finden Sie auf der [Webseite der NA-BIBB](#).
[Hier](#) gelangen Sie direkt zur Online-Anmeldung. Die Veranstaltung ist kostenfrei.

Sie haben Fragen zu Erasmus+? Diese beantworten wir Ihnen jederzeit gern.

Ihre Ansprechpartnerin in der EU Service-Agentur Sachsen-Anhalt ist Kathrin Hamel:

E-Mail: kathrin.hamel@ib-lsa.de; Tel: 0391 589 8397

• *Gastartikel*



THINK BAUHAUS am Wasserturm Süd - Siegerarbeiten aus dem Wettbewerb für Kinder und Jugendliche



„Schmetterlingstänzerin“ und „Panzergolem Rafael“ | Siegerarbeiten der 6. Klassen des Paul-Gerhardt-Gymnasiums in Gräfenhainichen. Foto: Matthias Ritzmann

Anlässlich des Bauhausjubiläums lobte die Kunststiftung des Landes Sachsen-Anhalt in Kooperation mit Schmuck2 Anfang dieses Jahres zwei Wettbewerbe unter dem Titel THINK BAUHAUS aus – einen für Kinder und Jugendliche für den Wasserturm Süd, den anderen für KünstlerInnen, ArchitektInnen und DesignerInnen für die Großgarage in Halle-Süd.

Die Übergabe der Siegerarbeiten aus dem THINK BAUHAUS-Wettbewerb für Kinder und Jugendliche am Wasserturm Süd fand feierlich am 31. August 2019 statt. THINK BAUHAUS – Wettbewerb für Kinder und Jugendliche in Kooperation mit schmuck2, der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH und der Stadtwerke Halle GmbH: Enthüllung der Siegerarbeiten „Schmetterlingstänzerin“ und den „Panzergolem Rafael“ und Überreichung der Preise durch Jörg Schulze, Geschäftsführer der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft Halle GmbH sowie Manon Bursian, Direktorin der Kunststiftung Sachsen-Anhalt. Im benachbarten Historischen Technikzentrum der Stadtwerke Halle werden alle eingereichten Entwürfe gezeigt.

Die Kunstwerke sind **vom 1. September bis 13. Oktober 2019** von außen über dem Eingang des

Wasserturm Süd zu sehen.

Wasserturm Halle Süd

„**Schmetterlingstänzerin**“ und den „**Panzergolem Rafael**“

Die Siegerarbeiten der 6. Klassen des Paul-Gerhardt-Gymnasiums in Gräfenhainichen.

Lutherplatz

06110 Halle

Alle **eingereichten Entwürfe sind im Historischen Technikzentrum** der Stadtwerke Halle, Lauchstädter Straße 14 c/d, 06110 Halle: 31.08., 8.09., 14.09., 21.09., 28.09., 6.10.2019, jeweils von 14–18 Uhr zu sehen.

• *eag Quelle: Newsletter der Kunststiftung Sachsen-Anhalt vom 9. September 2019*



Studienreise von Mitarbeitern aus Europaschulen Sachsen-Anhalts

Vom **08. bis zum 11. September** 2019 reiste eine Delegation von Leitern/innen, Stellvertretern/innen und Europakoordinatoren/innen der Europaschulen aus Sachsen-Anhalt nach Brüssel, um sich vor Ort einen Einblick in die Arbeit der EU zu verschaffen. Die Reise der Gruppe von beinahe 50 Personen wurde durch das Ministerium für Bildung ermöglicht und organisatorisch u.a. durch GoEurope unterstützt.

Da die Gruppe schon am Abend des 08. September anreiste, konnte gleich am Morgen des 09. September mit Besuch in der Europäischen Kommission begonnen werden, wo Henning Klaus vom Generalsekretariat der KOM die Institution als politische Exekutive der EU erläuterte. Danach bot Michael Teutsch, GD Bildung, Jugend, Sport und Kultur, der Gruppe einen guten Einblick in den aktuellen Stand der Entwicklungen auf dem Bildungssektor auf europäischer Ebene und stand für einen angeregten Austausch zur Verfügung. Im Anschluss besichtigte die Gruppe die Landesvertretung und wurde über Arbeitsweise und Aufgaben der Mitarbeiter der Landesvertretung informiert.

Den Nachmittag verbrachten die Teilnehmer der Studienfahrt mit Bildungsbesuchen wahlweise im Haus der Europäischen Geschichte oder dem Parlamentarium.

Am 10. September besuchte die Gruppe zunächst das Europäische Parlament, wo sie nach einem allgemeinen Vortrag zum Parlament auch auf Herrn MdEP Sven Schulze treffen durfte, der einen Einblick in seinen Alltag als MdEP gegeben hat. Nach dem europäischen Parlament suchte die Gruppe das European Schoolnet auf, das zum einen informierte, jedoch auch die Gelegenheit bot, das innovative „Future Classroom Lab“ zu besichtigen.

Die Studienreise ermöglichte den Teilnehmern einen persönlichen Einblick in das Tagesgeschehen in den Institutionen und ermöglichte einen für die eigene Arbeit als EU-Verantwortliche in den Schulen gewinnbringenden Wissenszuwachs. • cj



Ausschreibungen

[Zurück zur Übersicht](#)

Altiero-Spinelli –Preis - Wettbewerb um Wissen über die EU gestartet

Die Europäische Kommission hat den diesjährigen Wettbewerb um den „Altiero-Spinelli-Preis für Öffentlichkeitsarbeit“ gestartet. Damit werden seit 2017 Initiativen ausgezeichnet, die das



Wissen über die Europäische Union verbessern. In diesem Jahr steht insbesondere das Engagement junger Menschen im Fokus. Für erfolgreiche Projekte winkt ein Preisgeld von 25.000 Euro. Eingereicht werden können Bewerbungen zu innovativen Bildungsprogrammen, Informations- und Kommunikationskampagnen über die EU, Kooperationsprojekten zur Förderung der Beteiligung junger Menschen am demokratischen Prozess sowie zu Aktivitäten, die es jungen Menschen ermöglichen, die Vorteile der EU zu nutzen.

Der Altiero-Spinelli-Preis wird in diesem Jahr an bis zu sechzehn Projekte vergeben. An dem Wettbewerb können EU-Bürgerinnen und -Bürger sowie Nichtregierungsorganisationen mit Sitz in der EU teilnehmen. Die **Bewerbungsfrist endet am 29. Oktober 2019** um 17.00 Uhr. Die Preisverleihung soll im Frühjahr 2020 stattfinden.

• eag Quelle: EU-Nachrichten 14/19

[Website zum Altiero-Spinelli-Preis](#)

23

DAAD – Praktikanten gesucht

Der Deutsche Akademische Austauschdienst e.V. Außenstelle Brüssel sucht Praktikanten.
Eckdaten

- Dauer des Praktikums: 3 bis - vorzugsweise - 6 Monate
 - Praktikumsbeginn: Januar/ Februar 2020
 - Arbeitseinheit: Außenstelle Brüssel
 - Praktikumsvergütung: ja
 - Bewerbungen können bis zum **27. Oktober 2019** über das [DAAD-Onlineportal](#) entgegen genommen werden.
- eag Quelle: Rundmail DAAD vom 12. September 2019

Mehr erfahren Sie hier:

<https://www.daad-brussels.eu/de/2019/09/01/ausschreibung-fuer-ein-praktikum-an-der-daad-aussenstelle-in-bruessel/>

DAAD

Deutscher Akademischer Austauschdienst
German Academic Exchange Service



Kontaktbörse

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäische Projekte - Diverse Partnergesuche



Die Partnergesuche wurden erstellt von Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt
Mehr Kooperationsprofile finden Sie in der EEN-Datenbank [Link](#)

Wir stehen Unternehmen zur Seite

Programm Profiltyp Land	Kontakt und Details	Kurzbeschreibung / Stichworte
Forschungsge such Eurogia 2020 Spanien	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Helga Ilchmann E-Mail: hilchmann@tti-md.de Tel. 0391 74435-42	<p>Windparkbetreiber oder Asset Manager mit Erfahrung in der vorausschauenden Instandhaltung gesucht</p> <p>Ein spanisches Ingenieurbüro sucht einen Partner, der in ein mit EUROGIA 2020-Projekt zur intelligenten Wartung von Windparks einbezogen werden soll. Für die Zusammenarbeit im Rahmen eines Forschungskooperationsvertrags sucht das Unternehmen einen Windparkbetreiber oder Asset Manager mit Expertise im Bereich des Windbetriebs und der vorausschauenden Instandhaltung. Gefragt sind fortschrittliche Tools für vorausschauende Analysen und eine Instandhaltungsplanung, die sich an den Kostenbudgets orientiert. Die Partnerrolle besteht hauptsächlich darin, analysierende Daten bereitzustellen, um Erkenntnisse für die Anlage zu gewinnen.</p> <p>Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/339ba0e7-182a-4745-b212-0e7f1b810076</p> <p>Referenznummer: RDES20190910001</p>
Technologieg esuch Vereinigtes Königreich	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Helga Ilchmann E-Mail:	<p>Britisches KMU sucht flexibles Wärmespeichermaterial für Hydraulikschläuche</p> <p>Ein britisches (schottisches) KMU ist auf der</p>



	<p>hilchmann@tti-md.de Tel. 0391 74435-42</p>	<p>Suche nach einem flexiblen Wärmespeichermaterial, das um 0,75 Zoll Hydraulikschläuche gezogen oder gewickelt werden kann. Das Material sollte robust und in der Lage sein, die Wärme im Schlauch (45°C Flüssigkeitstemperatur) bei einer Länge von 150 Metern auch bei Temperaturen unter dem Gefrierpunkt zu halten. Gesucht wird ein Industrie- oder Technologiepartner mit nachgewiesenem Know-how zur Lösung ähnlicher Fragestellungen für eine Technologiekooperation.</p> <p>Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/cce7f51b-6914-4c90-9633-33d7d54d7185</p> <p>Referenznummer: TRUK20190902001</p>
<p>Technologiesuch</p> <p>Südkorea</p>	<p>Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt</p> <p>Helga Ilchmann E-Mail: hilchmann@tti-md.de Tel. 0391 74435-42</p>	<p>Koreanisches Unternehmen sucht nach Technologie für den nuklearen Rückbau und die Entsorgung radioaktiver Abfälle</p> <p>Ein koreanisches Unternehmen sucht Technologie und technische Dienstleistungen für den nuklearen Rückbau und die Entsorgung radioaktiver Abfälle. Die Technologie wird für den Rückbau von Kernkraftwerken und den zugehörigen Radionuklidanalysesystemen eingesetzt. Das Unternehmen verfügt über eine Liste der Technologien, die es benötigt, einschließlich Atomschutzschalter und Vorbehandlungssysteme. Das Unternehmen ist daran interessiert, diese Technologien zu lizenzieren oder gemeinsame F&E mit dem Smart Laboratory vor Ort durchzuführen.</p> <p>Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/a72eaca2-4c24-423c-9101-f51eb2860d01</p> <p>Referenznummer: TRKR20190827001</p>



Geschäftliches Gesuch	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt	Umweltfreundliche Verpackungslösungen für konzentrierte Seife gesucht
Schweden	Helga Ilchmann E-Mail: hilchmann@tti-md.de Tel. 0391 74435-42	<p>Ein nordschwedisches KMU, das sich auf die Herstellung und den Verkauf von Seifen aus recyceltem pflanzlichem Speiseöl spezialisiert hat, sucht in der EU nach einem Lieferanten für umweltfreundliche Verpackungslösungen. Die Verpackungen sollten eine sehr geringe Wasserdampfdurchlässigkeit (MVTR) haben. Vom Lieferanten wird erwartet, dass er eine umweltfreundliche (Nicht-Kunststoff oder Glas), recycelbare und gebrauchsfertige Verpackungslösung für Seifenkonzentrat mit einer Größe von 450 ml liefert. Das Unternehmen strebt eine langfristige Fertigungsvereinbarung an.</p> <p>Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/8bc43158-3b3f-4d6a-8c59-0dc1c9c562bb</p> <p>Referenznummer: BRSE20190904001</p>

EEN finden Sie nunmehr auch auf Twitter unter https://twitter.com/EEN_LSA?lang=de



Büro intern / Tipp

[Zurück zur Übersicht](#)

Neu in der LV - Tipp – Rebecca Aspetti - Praktikantin

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

Mein Name ist Rebecca Aspetti und ich werde in den kommenden zwei Monaten ein Praktikum in der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt absolvieren.

Ursprünglich komme ich aus Genua, Italien. Dort habe Ich die Deutsche Schule besucht und das Deutsche und das Italienische Abitur im Jahre 2017 gemacht. Ich studiere momentan Europäisches Recht an der Universität Maastricht im 5. Semester und werde voraussichtlich im Jahre 2020 ein Auslandssemester in Berlin an der Humboldt Universität verbringen. Ich habe 2016 mein erstes Praktikum in der Landesvertretung Sachsen-Anhalts beim Bund absolviert. Aus diesem Grund habe ich mich für einen „follow-up“ in Brüssel angemeldet. Ich bin überzeugt, dass dies eine hilfreiche Erfahrung in Hinblick auf mein studentisches Fortkommen sein wird, da mein sonst sehr theoretisches Studium durch praktische Erfahrungen ergänzt werden kann. Zudem möchte ich verstehen, wie die Repräsentation der deutschen Bundesländer auf europäischer Ebene funktioniert.

Außerdem hoffe Ich durch dieses Praktikum mein Interesse an Politik und Diplomatie vertiefen zu können und meine Kompetenzen und Kenntnisse im Europäischen Recht zu verbessern.

Ich freue mich sehr auf die kommenden Monate hier, insbesondere auf die gemeinsame Arbeit im Team und mit meiner Referentin, Frau Lehnart.

Mit freundlichen Grüßen,
Rebecca Aspetti

27

Neu in der LV - Tipp – Daniela Sheri - Praktikantin

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

mein Name ist Daniela Sheri und ich werde in den kommenden drei Monaten ein Praktikum in der Landesvertretung des Landes Sachsen-Anhalt absolvieren.

Ursprünglich komme ich aus Hamburg, habe jedoch nach dem Erlangen meines Abiturs und eines Auslandsjahrs, welches ich in Frankreich und Australien verbracht habe, im Oktober 2016 mein „European Studies Extended“ Studium an der Otto-von-Guericke Universität in Magdeburg angetreten. Während meines Studiums konnte ich mehr über regionale Unterschiede in Deutschland und insbesondere mehr über das Bundesland Sachsen-Anhalt erfahren und habe zudem Auslandserfahrungen sammeln können, da ich mein 5. und 6. Semester in Kiew und Sankt Petersburg verbracht habe.

Durch mein erstes Praktikum in der öffentlichen Verwaltung erhoffe ich mir einen besseren Einblick in die Arbeit und Funktionsweise der Europäischen Union auf regionaler Ebene zu erhalten und theoretische Inhalte meines Studiums durch praktische Erfahrungen zu vertiefen. In Bezug auf meine weitere berufliche Laufbahn bin ich sehr an einer Tätigkeit auf europäischer Ebene interessiert. Innerhalb der Landesvertretung bin ich Herrn Fenner und Frau Voigt zugeteilt.

Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit allen neuen Kolleginnen und Kollegen!

Mit großer Vorfreude und lieben Grüßen,
Daniela Sheri



GOEUROPE! die Jugendberatungsstelle



GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt ist die Jugendberatungsstelle für Fragen zu europäischen Mobilitätsprogrammen sowie in der Vermittlung europäischer Themen und

Kompetenzen an junge Menschen in Sachsen-Anhalt.

Gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt Transnational“ hat sich das Europäische Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt zum Ziel gesetzt, die beruflichen Chancen und die Beschäftigungsfähigkeit junger Sachsen-Anhalter durch die Vermittlung europäischer Kompetenzen zu steigern.

In Trägerschaft des DRK Landesverbandes Sachsen-Anhalt e.V. wird GOEUROPE! gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt transnational“.



**Deutsches
Rotes
Kreuz**

Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

Viel Spaß beim Lösen der GOEUROPE! Quizfragen dieser Woche:

In dieser Ausgabe nehmen wir die Aktionswoche #internationalheart zum Anlass für das aktuelle Quiz. Diese findet vom 16. bis 22. September 2019 in ganz Deutschland statt.



1. Aus welchem Grund wird die Aktionswoche durchgeführt?
 - A) für bessere Integration von Geflüchteten
 - B) für mehr Anerkennung und Sichtbarkeit des internationalen Jugendaustauschs
 - C) für barrierefreie internationale Organspende
2. In welchem Bundesland waren 2015 die Teilnehmerzahlen von öffentlich geförderten Angeboten der internationalen Jugendarbeit am höchsten?
 - A) Sachsen-Anhalt
 - B) Schleswig-Holstein
 - C) Bayern
3. Die Forderung der #internationalheart Kampagne 2019 ist „Europäische und Internationale Austauscherfahrung für alle jungen Menschen ermöglichen!“. Leider nutzen bisher hauptsächlich GymnasiastInnen Angebote der internationalen Jugendarbeit. Wie viel Prozent der deutschen Teilnehmenden an internationalen Jugendbegegnungen besuchen laut Zugangsstudie das Gymnasium oder studieren?
 - A) 48%
 - B) 63%
 - C) 75%



Lösung:

1. B) Um den internationalen Jugendaustausch sichtbarer zu machen, haben viele Träger, Verbände und Organisationen in der Aktionswoche #internationalheart die Möglichkeit, mit Bundestagsabgeordneten in ihrem Wahlkreis zu sprechen. In diesen Gesprächen sollen Chancen wie die Förderung von Offenheit, Vielfalt und Toleranz durch den internationalen Jugendaustausch verbreitet werden. Zudem sollen die Abgeordneten mit eigenen Ideen und Forderungen vertraut gemacht werden. Diese können auch unter dem Hashtag #internationalheart eingesehen werden. Angebote der internationalen Jugendarbeit sind beispielsweise Freiwilligendienste im Ausland, internationale Jugendbegegnungen und Workcamps.

2. A) Laut Kinder- und Jugendhilfestatistik haben 2015 19.339 Personen an öffentlich geförderten Angeboten der internationalen Jugendarbeit in Sachsen-Anhalt teilgenommen. Damit befindet sich Sachsen-Anhalt im nationalen Vergleich auf Platz 1., gefolgt von Nordrhein-Westfalen mit rund 13.000 Teilnehmenden und Brandenburg sowie Baden-Württemberg mit je etwa 11.500 Teilnehmenden. Mit 736 Personen wurden die öffentlich geförderten Angebote der internationalen Jugendarbeit in Schleswig-Holstein am wenigsten genutzt. Allerdings dürften in der Statistik die Angebote der internationalen Jugendarbeit noch untererfasst sein.

29

Die gesamte Auswertung finden Sie unter www.forschungsverbund.tu-dortmund.de/fileadmin/Files/Aktuelles/Publikationen/Datenreport_1.0_IJAB.pdf

3. B) Insgesamt 63% der Teilnehmenden internationaler Jugendbegegnungen besuchten das Gymnasium oder studierten. HauptschülerInnen (5%) und Auszubildende (6%) sind hingegen unterrepräsentiert. Hier setzen viele Maßnahmen und Projekte an. Auch in der Aktionswoche #internationalheart wird gemeinsam mit PolitikerInnen nach Lösungen gesucht.

Deshalb sind in ganz Sachsen-Anhalt von Stendal bis Eisleben Jugendliche unterwegs, um ihre Forderungen mit den Bundestagsabgeordneten zu diskutieren. Eindrücke bekommen Sie hier: www.instagram.com/goeurope.lsa/



Ihr Kontakt zu uns

[Zurück zur Übersicht](#)

Unsere Anschrift

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt
bei der Europäischen Union
80, Boulevard Saint Michel
B – 1040 Brüssel
Belgien

E-Mail-Adresse

sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de

Telefon (Sekretariat)

+32 2 741 09 31

Telefon (direkt)

+32 2 741 09 – Durchwahl

Fax

+ 32 2 741 09 39

Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Name	Fachbereiche und Themen		
Carmen Johannsen (CJ)	Leiterin des Büros, Grundsatzangelegenheiten der EU	...30	E-Mail
Daniel Wentzlaff (DW)	Stellvertretender Leiter des Büros Digitale Agenda, Energie, KMU, Cluster- und Industriepolitik, Tourismus, Standortmarketing	...19	E-Mail
NN	Presse u. ÖA, Medien, Haushalt, Veranstaltungen	...33	
Dr. Margarete Schwarz (MS)	Landwirtschaft, Umwelt	...12	E-Mail
Martina Lehnart (ML)	Justiz und Innenpolitik	...18	E-Mail
David Fenner (DF)	Innovation, Forschung, Beihilfen und Vergabe, Regionalpolitik	...10	E-Mail
Silke Voigt (SV)	Ausschuss der Regionen, Demografie, EU- Förderprogramme, Verkehr, Soziales	...16	E-Mail
Elke Andrea Große (EAG)	Redaktion EU-Wochenspiegel, Veranstaltungen	...32	E-mail
Doris Bergner (DB)	Verwaltung, Veranstaltungen	...36	E-Mail
Marion Straßer (MaS)	Assistenz der Leiterin und Sekretariat, Besucherbetreuung	...31	E-Mail
Heike Zembrod (HZ)	Hospitantin	...38	E-Mail
Jana Koch (JK)	Praktikantin	...22	E-Mail
Sophia Neumann (SN)	Praktikantin	...22	E-Mail
Rebecca Aspetti (RA)	Praktikantin	...14	E-Mail
Daniela Sheri (DS)	Praktikantin	...22	E-Mail

[Zurück zur Übersicht](#)



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

Impressum

Herausgeber

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der
Europäischen Union
Boulevard Saint Michel 80, 1040 Brüssel

Verantwortliche Redakteurin

Elke Andrea Große

Fotos

Elke Andrea Große, sofern nicht anders angegeben
oder Quelle: Internet

Layout

Patrick Karwath

Die Artikel sind mit Namenskürzeln versehen.

Dieser Newsletter wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Sachsen-Anhalt herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf dieser Newsletter nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

